Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	1/2013
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	22. Januar 2013
Zeit:	19:00 Uhr – 21:40 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Althoff
Mitglieder anwesend:	Stadträtinnen Schweiger, von Reumont, Oppelt, Groesser, Stadträte Rupp K., Rupp Ch., Bergsträsser, Berroth, Hertel, Schimpf, Schubert, Fritsch, Holschuh, Rehberger, Streib H., Streib K., Volk, Katzenstein, Schmitz-Günther und Schwenk
weiter anwesend:	Herr Kolbe, Herr Kräck (KliBA); Frau Lutz, Herr Arnold, Herr Ansorge, Herr Horvath, Herr Walschburger, Ortsvorsteher Hoffmann
Mitglieder entschuldigt:	Stadträte Eisenhauer, Fischer, Keller, Geißler
Urkundspersonen:	Stadträte Rehberger und Schmitz-Günther
Sachvortrag:	Herr Kolbe, Herr Kräck (KliBA) zu TOP 3; Herr Arnold und Herr Horvath zu TOP 6
Schriftführerin:	Frau Polte

FRAGESTUNDE

Ein Bürger aus Waldhilsbach erkundigt sich, ob für 2013 im Haushalt Mittel für Waldhilsbach eingestellt seien. Der Bürgermeister antwortet, dass die Ortsteile wie in jedem Jahr Haushaltsmittel angemeldet haben, einige davon bereits in den Entwurf der Verwaltung aufgenommen wurden (auch bezüglich Waldhilsbach), im übrigen werde der Gemeinderat über den Haushalt entscheiden. Weitergehende Informationen werde er unter TOP 4, Einbringung des Haushaltes, geben.

Der Bürgermeister erinnert, dass heute vor 50 Jahren die **Elysée-Verträge** abgeschlossen wurden, die die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich begründet haben. Mit diesen Freundschaftsverträgen, die eine enge Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen vorsahen, habe eine neue Zeitrechnung für Europa begonnen. Er verweist auf die umfangreiche Berichterstattung zu diesem Thema in den Medien und betont, auch Neckargemünd habe mit seiner über 40-jährigen Städtepartnerschaft mit Evian dazu beigetragen, die Gedanken des Vertrages auf lokaler Ebene umzusetzen. Auf beiden Seiten bestehe die Verpflichtung, dies weiterzuführen. Der Bürgermeister dankt allen, die sich seit Beginn der Städtepartnerschaft für die Verbindung engagiert haben. Stadtrat Katzenstein möchte wissen, ob anlässlich des og. 50-jährigen Jubiläums eine besondere Veranstaltung mit den Evianer Partnern geplant sei. Der Bürgermeister antwortet, dass vom Partnerschaftsverein zum Fronleichnam-Weekend eine viertägige Fahrt nach Evian geplant sei; dies könne in diesem Zusammenhang gesehen werden. Eine separate Veranstaltung sei nicht geplant, das 20-jährige Jubiläum mit Missoula habe in diesem Jahr Vorrang. Sofern es in diesem Rahmen eine Feier gebe, werden wie immer die französischen und tschechischen Partner dazu eingeladen.

1: **Genehmigung des Protokolls Nr. 11/2012 vom 18. Dezember 2012**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

2: **Bekanntgabe der nichtöffentlichen Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung Nr. 13/2012 vom 18.12.2012**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

3: **Klimaschutzkonzept für Neckargemünd – Vorstellung des Konzeptes durch die KliBA**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Stadtbauamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister nimmt Bezug auf den am 28.11.2012 durchgeführten öffentlichen Workshop. Die Resonanz dieser Veranstaltung sei leider trotz starker Bewerbung und einer Vielzahl persönlicher Einladungen nur recht bescheiden gewesen. Die teilnehmenden Bürger jedoch haben gut gearbeitet, so sei eine gute Grundlage für die weitere Erarbeitung gegeben, die je nach Finanzlage umgesetzt werden solle. Heute gehe es um eine erste Bestandsaufnahme der Arbeitsergebnisse des Jahres 2012 und des Workshops. – Diese werden von den Herren Kolbe und Kräck von der KliBA anhand einer Präsentation und einer als Tischvorlage verteilten Zusammenstellung dargestellt, die dem Protokoll als Anlage beigegeben werden. Dabei erklärt Herr Kolbe, dass es sich bei dem als „TREND“ bezeichneten Szenario um die Hochrechnung eines auf heutigem Niveau „eingefrorenen“ Zustandes handelt, das heißt die Entwicklung, wenn man alles im Prinzip so weiterlaufen lässt wie nach derzeitigem Stand. Das „KLIMA“-Szenario beschreibt die zukünftige Entwicklung, sofern ambitioniertes Handeln bezüglich des Klimaschutzes dazukommt, also alle umsetzbaren technischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zum Energiesparen getroffen werden. Herr Kolbe erläutert auf Nachfrage, dass es sich bei den Hochrechnungen des „KLIMA“-Szenarios nicht um das bestmögliche Ergebnis handelt, das theoretisch möglich wäre, sondern um statistische Daten, was bei vergleichbaren Kommunen, die Klimaschutz betreiben, im Schnitt zustande kommt. Dies müsse man in Neckargemünd nicht als eigenes Ziel akzeptieren, sondern sei bei der Zielvorgabe frei, weitergehende Ziele zu formulieren und die entsprechende Umsetzung in die Wege zu leiten. Die Umsetzung der auf dem Zeitplanblatt oben als „übergeordnete Maßnahmen“ bezeichneten Maßnahmen sollten dabei am Anfang stehen, da es sich um die selbst gesteckten Zielvorgaben handelt. Für das Gelingen des Projektes seien die möglichst genaue Festlegung von Kriterien, klare Zeitrahmen und Festsetzungen überaus wichtig und die wesentlichsten Aufgaben.

3.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser möchte wissen, inwieweit in die Szenarien die Nutzung von erneuerbaren Energien eingearbeitet ist. Herr Kräck erläutert, dass die Nutzung zukünftiger Nahwärmenetze keinen Eingang gefunden hätte, da zu spekulativ. Zurzeit gebe es zu wenige konkrete Anhaltspunkte, um eine seriöse Hochrechnung zu erlauben. Die Nutzung solcher Netze stelle ein gutes Einsparpotenzial dar, deshalb sei im Maßnahmenplan auch an eine diesbezügliche Untersuchung gedacht. Stadträtin Schweiger gibt zu bedenken, dass der Bürgerschaft, wenn man sie zum Mitmachen animieren wolle, finanzielle Anreize gegeben werden müssten. Aus reinem Idealismus seien die meisten nicht zum Handeln bereit. Hierzu erläutert Herr Kolbe, dass die KliBA den Bürgern für eine Beratung, welche Fördermöglichkeiten es insgesamt für Maßnahmen zum Klimaschutz gibt, derzeit bereits zur Verfügung steht. Zusätzlich sehe das Klimaschutzkonzept das Auflegen konkreter städtischer Förderprogramme (z.B. im Gesamtkatalog unter „HH_03“ aufgeführte Förderung des Heizpumpentausches) vor. Bezüglich der Größenordnung solcher Programme: sehr ambitionierte Klimaschutz-Gemeinden stellen hierfür bis zu 10 Euro pro Bürger und Jahr zur Verfügung. Für Neckargemünd wären das maximal 148.000 Euro, davon werde ein Betrag von bis zu 38.000 Euro für Förderungen vorgeschlagen. Die Bürger sollten aber nicht nur aufgrund finanzieller Anreize für den Klimaschutz gewonnen werden, sondern auch über eigenes freudiges Erleben und Maßnahmen, die Spaß machen, etwa ein „Tag des Rades“. Stadträtin von Reumont ergänzt, dass auch die Erfahrung des „gemeinsamen Tuns“ eine wichtige Anregung in dieser Richtung sei. Sie lobt das vorgelegte vollumfängliche Strategieprogramm und hält das vorgeschlagene Controlling für besonders wichtig.

Stadtrat Katzenstein bemängelt, dass in der vorgeschlagenen Präsentation die Frage, wie das Verfahren unter Einbeziehung der begonnenen Bürgerbeteiligung weitergehen sollte, zu wenig Raum gefunden habe. Zahlreiche beim Workshop erarbeiteten Ideen haben keinen Eingang in das Maßnahmenpaket gefunden, die die Verwaltung betreffenden Maßnahmen seien seines Erachtens zeitlich viel zu spät eingeplant; die den Verkehr betreffenden Maßnahmen seien zu wenig.

Der Bürgermeister führt bezüglich der weiteren Bürgerbeteiligung aus, dass den Workshopteilnehmern deutlich gemacht worden sei, dass es mit der Gründung eines Klimaschutzbeirates weitergehe. Herr Kolbe erläutert, dass während des gesamten Projektes der Klimaschutzbeirat ein wichtiger Akteur sei. Dass nicht alle im Workshop erarbeiteten Maßnahmen aufgenommen worden seien, ergebe sich aus der Festlegung, für die Umsetzung einen bestimmten finanziellen Rahmen zu stecken. Verschiebungen oder Tausch einzelner Maßnahmen seien jedoch im Rahmen des Planungsprozesses möglich.

Stadtrat Schmitz-Günther sieht die formulierten Ziele, etwa bei der Energiereduktion, als zu wenig ambitioniert an. Auch ihm ist wichtig, dass möglichst viele Bürger bei dem Projekt mitgenommen und zum Handeln gebracht werden. Dabei spricht er sich für einen möglichst effektiven Mitteleinsatz aus: wenn die Bürger wenigstens die aktuellen Vorgaben erfüllen, werde damit schlussendlich mehr erreicht, als wenn man Passivhausstandard vorgebe, der dann nicht umgesetzt werde. Weiter spricht sich Stadtrat Schmitz-Günther wie schon mehrfach in der Vergangenheit für die Verpflichtung der Verwaltung zur ökologischen Beschaffung aus. Der Bürgermeister erläutert, dass die Stadtverwaltung zwar keine festgelegten Beschaffungsrichtlinien zur ökologischen Beschaffung habe, die Anregung zur ökologischen Beschaffung aber bereits aufgegriffen habe und umsetzt, wenn möglich; derzeit aber noch nicht stringent.

Stadtrat Hertel spricht sich ebenfalls für eine starke Bürgerbeteiligung aus und rät dazu, den einzurichtenden Klimabeirat nicht zu Beginn fest und einmalig zu besetzen, sondern auch noch die Möglichkeit einer späteren Beteiligung offen zu lassen. Es solle auch möglich sein, noch nachträglich Ideen zu äußern. Hinsichtlich der Multiplikatoren-Maßnahmen „Klimaschutz und Schule“ sieht er ein wesentlich größeres Potenzial für weitere Maßnahmen und Gruppenarbeiten. Die den ÖPNV betreffenden Maßnahmen müssten seines Erachtens längerfristig sein als derzeit vorgesehen und den 8-jährigen Vergaberhythmus des Linienbündels mit einem ausreichenden Vorlauf berücksichtigen: rund 2 ½ Jahre vor der nächsten Vergabe müsse man jeweils mit der Prüfung von Verbesserungsmöglichkeiten beginnen. Herr Kolbe sagt zu, diesen Turnus in das Maßnahmenpaket einzubinden.

Stadtrat Schubert sieht den Ist-Zustand sehr gut dargestellt. Da die Haushalte die größten Verbraucher seien, sei es sinnvoll, hinsichtlich des Einsparpotenzials hier anzusetzen und die Bürger über die Stabsstelle „Klimamanager“ bei der Umsetzung von Neubauten und Sanierungen zu beraten. Durch gute Beratung ließen sich die Zielvorgaben zeitlich möglicherweise vorab erreichen. Herr Kolbe erklärt, dass dieses Beratungsangebot derzeit bereits über die KliBA geleistet wird; dies sei nicht die primäre Aufgabe der Stabsstelle. Bezüglich der Zielerreichung solle man keine falschen Erwartungen haben, sondern müsse sich auf einen längeren Prozess einstellen.

Der Bürgermeister fasst zusammen, wie er sich konkret den weiteren Verlauf des Projektes vorstellt: demnach werde die Verwaltung zunächst auf die Erarbeitung der detaillierten Unterlagen und Aufbereitung der Einzelmaßnahmen warten (diese sagt Herr Kolbe für Anfang Februar zu). Diese, sowie die heutige Präsentation, werden dem Gemeinderat sobald vorhanden zugeleitet. Die Finanzierung des Projektes werde im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Rolle spielen.

Bis zur nächsten Hauptausschuss-Sitzung haben die Fraktionen Gelegenheit, sich über die konkrete Zusammensetzung des zu gründenden Klimaschutzbeirates und die weitere Organisation Gedanken zu machen – das Thema werde auf dieser

Sitzung dann auf die Tagesordnung gesetzt. Mit der Einberufung eines Beirates könne man dann ca. Ende Februar rechnen. – Diese Vorgehensweise findet allgemeine Zustimmung.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzgutachtens zur Kenntnis.

4: **Haushalt 2013 – Einbringung durch den Bürgermeister**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister charakterisiert den Haushalt in Form einer ausführlichen Rede (siehe Anlage), wobei er anschließend detailliert auf die Haushaltsanmeldungen der Ortsteile eingeht.

4.2: **Beratung:**

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Entwurf des Haushalts zur Kenntnis und verweist ihn einstimmig zur Beratung in eine gesonderte Sitzung am 23. Februar 2013.

5: **Wahl des Ortsvorstehers für Waldhilsbach und des Stellvertreters**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.2: **Beratung:**

Der Gemeinderat entscheidet sich einstimmig dafür, beide Wahlen offen im Wege der Akklamation durchzuführen. Bürgermeister Althoff kündigt an, dass die Verabschiedung von Herrn Stumpf sowie die Verpflichtung des Nachfolgers in der kommenden Gemeinderatssitzung am 5. Februar in Waldhilsbach stattfinden werden.

5.3: **Beschluss:**

a) Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Waldhilsbach einstimmig Frau Anne von Reumont zur Ortsvorsteherin des Stadtteils Waldhilsbach. Frau von Reumont nimmt die Wahl an.

b) Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Waldhilsbach einstimmig Herrn Peter Gahn zum 2. stellvertretenden Ortsvorsteher des Stadtteils Waldhilsbach. Herr Gahn, der als Zuschauer der Sitzung anwesend ist, nimmt die Wahl an.

6: **Beschaffung einer Telefonanlage für das Rathaus**

6.1: **Sachvortrag:**

Die ausführliche Vorlage des Rechnungsamtes, die von Herrn Arnold erläutert wird, ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

6.2: **Beratung:**

In allen Redebeiträgen wird die Ausführlichkeit und Detailliertheit der Vorlage gelobt. Stadtrat Katzenstein zeigt sich zufrieden, dass der Stromverbrauch der Endgeräte

im Kriterienkatalog erwähnt ist. Herr Horvath ergänzt, dass die Energiebilanz der Geräte der normaler Arbeitsplätze entspricht, da nicht wie bisher gesonderte Geräte verwendet werden, sondern die Zentrale über die vorhandenen PC-Arbeitsplätze bedient wird.

Auf die Frage von Stadtrat Schmitz-Günther – warum Kauf statt Leasing - antwortet Herr Horvath, dass die vorgeschlagene Lösung eine Aktualitätsgarantie vorsehe, d.h. die Anlage werde ständig auf dem neuesten Stand gehalten. Technisch könne man daher mit einer sehr langen Nutzungsdauer rechnen, was sich finanziell günstig auswirke.

Stadtrat Schubert sieht die Leistungsfähigkeit der Anlage vor allem in Abhängigkeit zum Betreuer und fragt, ob statt einer neuen Anlage nicht ein Betreuerwechsel in Frage gekommen wäre, oder die günstigere Variante gewählt werden könne. Herr Horvath erklärt, dass die alte Telefonzentrale theoretisch betrachtet nicht im Rathaus selbst gestanden habe, sondern ins Rechenzentrum (KIVBF) ausgelagert gewesen sei. Die Hauptkritik an der alten Anlage hänge mit der sich daraus ergebenden Leitungsproblematik zusammen. Die neue Anlage werde im Rathaus stehen und auch von der Verwaltung selbst betreut werden. Ein Betreuerwechsel sei nicht möglich gewesen. Herr Horvath ergänzt, dass die günstigste der angebotenen Varianten in 33 Ländern gleichermaßen verkauft werde und hinsichtlich der Funktionen mehr auf Industriebetriebe angepasst sei als an den Bedarf unserer Verwaltung. So werde etwa die Beschriftung und Menüführung ausschließlich auf Englisch angeboten.

Stadtrat Volk erkundigt sich nach der Sprachqualität der bevorzugten Variante und möchte wissen, ob es Erweiterungsmöglichkeiten gibt, sowie ob die Ortsverwaltungen dann künftig ebenfalls über die Anlage anwählbar sein werden. Herr Horvath erläutert, dass es sich nicht um reine VoIP-Telefonie handelt, dass Erweiterungsmöglichkeiten bezüglich der Endgeräte bestehen. Für die Ortsverwaltungen sei aktuell noch keine Einbindung vorgesehen, sie sei aber möglich. Auch das Schulzentrum könnte, falls es in der Zukunft gewünscht werde, eingebunden werden.

Frau Schweiger sieht die Verwaltung als modernes Dienstleistungsunternehmen und möchte wissen, ob die derzeit bei der Telefonzentrale bestehenden Probleme, die auf die Bürger sehr negativ wirken, mit der neuen Zentrale ausgeräumt werden: etwa wenn in der Zentrale auf einer Leitung telefoniert wird, die anderen Freileitungen nach außen Freizeichen senden (es erscheint, als ob die Zentrale nicht besetzt sei), und die schlechte Qualität der derzeitigen automatischen Abwesenheitsnotiz. Hinsichtlich der notwendigen Nummernumstellung müsse eine ausreichende Vorlaufzeit gegeben sein. Der Bürgermeister antwortet, dass das Personalkonzept der Zentrale verwaltungsintern optimiert werde, und die Zentralnummer 804-0 erhalten bleibe. Herr Horvath ergänzt, dass die alten Telefonnummern verdeckt umgeleitet werden und die neuen frühzeitig veröffentlicht. Die Freizeichen-Problematik werde technisch geändert. Sollte kein Mitarbeiter zu erreichen sein, sei auch eine Umleitung auf die D115-Nummer denkbar. Herr Rehberger spricht sich dafür aus, an den Geräten eine Rückruffunktion zu ermöglichen.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Firmen 3iMedia und Hamcos mit der Lieferung der einzelnen Komponenten des Telefonanlagensystems Swyx nebst Dienstleistungen und Wartungsvertrag zu beauftragen.

7: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

7.2: **Beratung:**

- 7.3: **Beschluss:**
Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.
8. **Verschiedenes**
- 8.1: **Bolzplatz Kleingemünd**
Stadtrat Schubert erinnert an die überfällige Einrichtung des Bolzplatzes. Der Bürgermeister erläutert, dass der bisher bevorzugte Standort wegen Nachbareinwendungen nicht realisiert werden kann. Die Verwaltung ist mit der Erarbeitung einer Alternative beschäftigt.
- 8.2: **Wasserversorgung**
Stadtrat Bergsträsser spricht den RNZ-Bericht vom vergangenen Samstag, „Steht Neckarsteinach bald auf dem Trockenen“ an, worin von einem Rückgang der Quellschüttung und einer minimal dimensionierten Leitung zwischen Dilsberg und Mückenloch die Rede sei. Der Bürgermeister antwortet, es gebe keinerlei Grund zu der Befürchtung, in Mückenloch könne es Probleme mit der Wasserversorgung geben. Das Bestehen des Vertrages mit Neckarsteinach sei bekannt, und man sei gesprächsbereit, wenn die hessischen Kollegen Hilfe brauchen.
- 8.3: **Versand von Unterlagen für den Stadtrat**
Stadträtin Groesser führt aus, dass die Unterlagen für den Stadtrat (Einladungen / Absagen von Sitzungen, Präsentationen usw.) von der Verwaltung häufig parallel als Papierversion und elektronisch verschickt werden. Sie möchte eine Abstimmung beantragen, dass zumindest die gering dimensionierten Schriftstücke nur noch elektronisch versandt werden. Der Bürgermeister bittet Stadträtin Groesser, diesbezüglich einen schriftlichen Antrag zu formulieren, der dann gesondert im Rahmen der Tagesordnung zur Abstimmung gestellt werden kann. Unter „Verschiedenes“ sind kommunalrechtlich keine umfangreichen Themen mit Diskussionsbedarf und Abstimmungen vorgesehen, sondern lediglich kurze Informationen und Anfragen.
- 8.4: **Funkmast Dilsberg**
Stadtrat Berroth erkundigt sich, ob das Schreiben an E-Plus abgegangen sei. Dies bejaht der Bürgermeister.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Rehberger

Die Schriftführerin

Stadtrat Schmitz-Günther